



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 24.09.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Dan-news.info: Die ukrainische Seite hat den Vorschlägen der DVR zu Änderungen am Gesetz über den besonderen Status und für die Durchführung von Wahlen auf dem Territorium der Republik nicht zugestimmt, dabei hat Kiew aber keinerlei eigene Varianten vorgebracht, teilte der Pressedienst des Leiters der Delegation der DVR bei den Friedensverhandlungen, des Sprechers des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin mit.

„Entgegen den zuvor erreichten Vereinbarungen zur Bearbeitung der Redaktion von Paragraph 10 des Gesetzes der Ukraine „über einen besonderen Status“ und die Inkraftsetzung des Gesetzes, haben die Vertreter der Ukraine sich wieder geweigert diese Frage zu erörtern und sind auf ihre vorherigen Positionen zurückgegangen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Zuvor hatte Denis Puschilin gegenüber DAN erklärt, dass die Verhandler aus der Ukraine beim vorigen Treffen der thematischen Untergruppe zugestimmt haben, die Änderungen im Gesetz „Über einen besonderen Status des Donbass“ zu erörtern.

Der Pressedienst des Sprechers des Volkssowjets bemerkte, dass die ukrainische Seite „auf der Absage der Wahlen in der DVR besteht, um die Abstimmung des Gesetzes zu verzögern“.

„Ihrerseits schlagen die Vertreter der Ukraine praktisch nichts vor, außer einen weiteren Prozess der Abstimmung von Modalitäten, darunter auch über das Datum für die Durchführung der Wahlen“, unterstrich der Gesprächspartner der Agentur.